



# Keine belastbaren Gründe für Geheimdienst

Anhörung zu Verfassungsschutz-Reformversuchen von Landesregierung und Grünen

**Nachdem der Gesetzentwurf der Linksfraktion zur Abschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz und seine Ersetzung durch eine Informations- und Dokumentationsstelle schon vor geraumer Zeit durch die Landtagsmehrheit abgelehnt worden war, befinden sich jetzt Gesetzentwürfe der Landesregierung und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im parlamentarischen Verfahren. Am 16. Mai fand dazu eine öffentliche Anhörung des Innenausschusses im Landtag in Erfurt statt.**

Ein Geheimdienst könne keinen rechtsstaatlichen Ausgleich erzielen, indem er einmal Frühwarnsystem für Gefahren für eine demokratischen Gesellschaft sein soll und andererseits die demokratischen Grundrechte schützen, so lautete bei Katharina König, Mitglied des Innenausschusses für DIE LINKE, das Resümee der Anhörung. Keiner der Sachverständigen habe eine belastbare Begründung für die Notwendigkeit eines Geheimdienstes vortragen.

„Was geäußert wurde, wie durch den ehemaligen Berliner Innensenator Dr. Erhart Körting, lässt sich darauf reduzieren, dass der Staat nicht auf dieses Mittel verzichten solle. Dass Bundesrichter a.D. Dr. Schäfer in Bezug auf den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel gar als Argument anführte, ‚der Zweck heiligt die Mittel‘, lässt mich am demokratischen und rechtsstaatlichen

Verständnis zweifeln“, sagte Katharina König. „Nachrichtendienstliche Befugnisse und die Bevorratung mit anlasslos erhobenen Informationen sind kein rechtsstaatlich belastbarer Grund für eine derartig tief- und weitgehend in die Grundrechte eingreifende Behörde, deren Handeln keiner ausreichenden rechtsstaatlichen Kontrolle unterliegt.“ So hatte die Vertreterin vom Republikanischen AnwältInnenverein, der von der Linksfraktion für die Anhörung im Erfurter Landtag vorgeschlagen wurde, darauf verwiesen, dass eine solche Kontrolle bei einer geheim agierenden Behörde auch schlicht ausgeschlossen ist.

**„Nachrichtendienst ist Fremdkörper in einer demokratischen Gesellschaft“**

Auch mit Blick auf die bestehenden Staatsschutzabteilungen bei der Polizei - und das Beispiel Österreich - bestünde keine Notwendigkeit für den Verfassungsschutz. Ein Nachrichtendienst sei „eigentlich ein Fremdkörper in der demokratischen Gesellschaft“, betonte die Vertreterin des Anwaltsvereins.

Harsche Kritik am Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz übten die Sprecher der Vernetzung der Thüringer Bürgerbündnisse, Initiativen und Netzwerke gegen Rechts, Madeleine Henfling und Harald Zeil. Noch kurz vor der Enttarnung des NSU habe der damalige VS-Chef betont, dass das Landes-

amt auf der Grundlage der Extremismustheorie arbeite. Daran habe sich bis heute nichts geändert, sie haben „nichts gelernt“, so Harald Zeil. Zu jedem Rechtsextremisten werde ein Linksextremist konstruiert. Und was im Zusammenhang mit dem Terrornetzwerk NSU ans Tageslicht gekommen sei, „war nicht Pleiten, Pech und Pannen“, es sei vielmehr, „und jedenfalls in der Wirkung“, eine bewusste Strategie gewesen, demokratisches Engagement niederzuhalten und rechtsextremistische Strukturen im Aufbau zu unterstützen.

Immer, wenn es brenzlig werde, Neonazis beispielsweise Immobilien erwerben, „dann bekommen wir die Hinweise nicht vom Verfassungsschutz“, so Madeleine Henfling namens der Thüringer Bürgerbündnisse, Initiativen und Netzwerke gegen Rechts - „da haben wir andere Stellen, die besser arbeiten“. Dazu gehöre übrigens auch die Polizei.

Abschließend sei noch einmal Katharina König zitiert: „Ein demokratisch kontrollierter und rechtsstaatlich überprüfbarer Geheimdienst ist kein Geheimdienst mehr. Durch die Abschaffung des Verfassungsschutzes würde auch keinesfalls eine Lücke in der Sicherheitsarchitektur entstehen. Gerade die vorgeschlagene Konzentration auf gewaltorientierte Bestrebungen würde eher zu einer Doppelstruktur mit dem Gefahrenabwehrrecht der Polizei führen, alles andere aber ist Gesinnungsschnüffelei.“ ■

## KOMMENTIERT:

von Dirk Möller

### Nicht schönrechnen

*Unterrichtsausfall war des Öfteren Thema im Landtag. Nun haben die Betroffenen selbst eine Statistik veröffentlicht. Die Zahlen der Landesschülervertretung bestätigen zunächst die Statistiken des Ministeriums, auch was die regionalen Unterschiede betrifft. So sieht man, dass z.B. der Schulamtsbereich Ostthüringen den geringsten ersatzlosen Ausfall ausweist. In Nordthüringen dagegen liegt dieser fast doppelt so hoch: bei 5,6 Prozent der zu erteilenden Stunden.*

*Wir sind ebenfalls der Überzeugung, auch wenn jede ausgefallene Stunde eine zuviel ist, wird es nie gelingen, den Unterrichtsausfall gegen Null zu bringen. Wir kritisieren aber, und das geht auch aus den Zahlen der Landesschülervertretung hervor: fachfremd vertretener Unterricht ist genauso häufig anzutreffen wie der ersatzlose Ausfall.*

*Die Landesschülervertretung spricht sich dafür aus, und das können wir zu 100 Prozent mittragen, dass „Vertretungsunterricht nur dann Sinn macht, wenn an den aktuellen Unterrichtsinhalten des betreffenden Fachs weitergearbeitet werden kann oder durch Wiederholung und Übungen Unterrichtsinhalte gefestigt werden“. Vertretungsunterricht darf weder Beschäftigungstherapie sein, noch zu einer bloßen Sicherung der Aufsichtspflicht verkommen. Aber von 12 Prozent zu vertretendem Unterricht wurden gerade einmal 1,6 Prozent fachgerecht vertreten, und in 1,3 Prozent der Fälle wurden Aufgaben statt Ausfall gegeben.*

*Wir fordern das Ministerium auf, ehrlich mit den Zahlen umzugehen und auch den fachfremd vertretenen Unterricht als Unterrichtsausfall wahrzunehmen. Es geht hier um unsere Schüler und ihre Ausbildung. Da hat Schönrechnerei nichts zu suchen. Im Kern ist der Unterrichtsausfall nur ein Phänomen des eigentlichen Problems der Überbelastung der Lehrerschaft. Wenn bei 70 Prozent des Unterrichtsausfalls Krankheit die Ursache ist, so können es nicht nur Erkältungen sein. Mit jedem Lehrer, der ausfällt, muss die Arbeitslast auf die restlichen Schultern des Kollegiums verteilt werden. Diese Mehrbelastung muss endlich gemindert werden. Dabei kann die geforderte Vertretungsreserve auch nur ein erster Schritt sein.*

**Aus der Plenardebatte des Abgeordneten am 9. April im Landtag.** ■

## AKTUELL Linke legt Schulinvestitionsgesetz vor

Vor dem Hintergrund der umfangreichen Rücklagen des Landes und auch der positiven Steuerschätzung legt jetzt die Linksfraktion dem Thüringer Landtag ein Schulinvestitionsgesetz vor, damit das Land dringend notwendige Mittel für Investitionen in Schulbauten und Schulsportanlagen zur Verfügung stellt.

Jeweils 50 Millionen Euro sollen in den Jahren 2014 und 2015 zusätzlich bereitgestellt werden. „An mangelnder Finanzierbarkeit kann dieses Gesetz jedenfalls nicht scheitern“, hatte der LINKE Haushaltsexperte Mike Huster betont und mit Blick auf die neueste Steuerschätzung erklärt: „Nun besteht kein Zweifel mehr, dass das Land finanziell in der Lage wäre, die Kommunen in Thüringen auskömmlich auszustatten.“

Der kommunalpolitische Sprecher Frank Kuschel hatte zudem die SPD aufgefordert, ihren vermeintlichen Kurswechsel mit einer Zustimmung zum LINKE-Gesetzentwurf zu untermauern. Er reagierte damit auf Äußerungen der Thüringer Sozialministerin Heike Taubert (SPD). Sie hatte Finanzminister Wolfgang Voß (CDU) kritisiert und mit Blick auf den kommunalen Finanzausgleich gefragt, ob dieser in einem Paralleluniversum lebe.

Frank Kuschel nannte das Manöver der Ministerin und SPD-Spitzenkandidatin durchsichtig. „Wenige Tage vor der Kommunalwahl scheint die SPD nicht mehr zu wissen, dass sie diesen kommunalen Finanzausgleich mit zu verantworten hat.“ CDU und SPD hatten mit der Verabschiedung des kommunalen Hilfspakets erst im Februar

dieses Jahres eine Chance vertan, Anreize für leistungsfähige kommunale Verwaltungsstrukturen in Thüringen zu schaffen. Die Linksfraktion hatte sich dafür eingesetzt, dass die Verteilung der Mittel auf Grundlage der Finanzkraft der jeweiligen Gemeinde vorgenommen wird. Finanzschwache Gemeinden hätten demnach mehr erhalten als finanzkräftige.

Eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs soll für Transparenz bei der Kindertagesstätten-Finanzierung sorgen und mehr Geld für „freiwillige Aufgaben“ zur Verfügung stellen. Das müsse einhergehen mit einer Funktional- und Verwaltungsreform. „Ich lade die SPD ein, dieses mit uns gemeinsam zu tun, um somit die kommunale Ebene strukturell und finanziell zu stärken“, betonte Frank Kuschel. ■